

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische u. papierverarbeitende Industrie



28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf., ohne Postgeld

Köln, den 27. Februar 1932

Erscheint vierzehntägig Samstags  
Eingangsnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 5

## An die christliche Arbeiterschaft!

Völker und Staaten, die ganze Menschheit erzittert unter den Wehen eines gewaltigen Umwälzungsprozesses. Die Keime der Umwälzung liegen in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Vorkriegszeit. Durch Übersteigerung der Bedeutung der Wirtschaft hat sie zu Unordnungen geführt, die auch den Bestand des deutschen Volkes bedrohen.

Im deutschen Volke waren aber starke positive Kräfte wach, die gegenüber radikalen Strömungen eine organische Umordnung des Volkslebens gewährleisten konnten. Einer radikalen, sozialistischen Arbeiterschaft stand eine christliche Arbeiterschaft gegenüber. Sie führte den Aufstiegs- und Freiheitskampf der Arbeiterschaft gegenüber den Härten des kapitalistischen Systems. Sie führte ihren Kampf aber nicht gegen den Bestand des Volkes, sie führte ihn um die organische Einordnung aller Volksgruppen in eine nationale und soziale Volksordnung.

Dann kam der Krieg mit seinem gewaltigen Einbruch in jede angebahnte Volkswirtschaft. Es kam der unheilvolle Ausgang des Krieges mit seinem brutalen „Friedensvertrag“ für unser tapferes Volk, das einer erdrückenden Mehrheit weichen mußte.

13 Jahre ertrug das deutsche Volk den namenlosen Druck des Versailles Diktates. Seine Volkskraft wurde ausgehöhlt. Ganze Volksschichten verarmten, andere verarmten. Andere überlebten sich in der Pflege einer wirtschaftlichen Scheinblüte, deren Rückschlag den Zerlegungsprozeß des Volkes noch fördern mußte.

Der Rückschlag kam. Mehr denn 6 Millionen deutscher Volksgenossen sind dem grauenamen und gefährlichen Schicksal der Arbeitslosigkeit verfallen. Die Not des deutschen Volkes ist aufs höchste gestiegen.

Not aber ist der Boden des Radikalismus. Bürger und Bauern, die ihr Vermögen verloren, Militärs und Beamte des alten Deutschland, denen Geltung und Glanz verblieben, Studenten, deren Zukunft gefährdet, Kleinbürger, deren Behaglichkeit gestört, Jugend, die das Kriegsspiel lockt, strömen dem Rechtsradikalismus zu. Und diesem Rechtsradikalismus gilt auch die Hoffnung jener Wirtschaftsführer, denen ein soziales Deutschland das Herrenrecht zu rauben droht.

Große Massen der Arbeiterschaft aber, denen die soziale Not, die Not der Arbeitslosigkeit jede Hoffnung für die Zukunft rauben, stürzen sich dem Linksradikalismus in die Arme.

Zwischen diesen beiden Radikalismen, zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, schwankt das deutsche Volksschicksal. Beide versprechen dem gepöbelten deutschen Volke für die Zukunft glückliche Zustände.

Der Kommunismus verspricht das Paradies menschlicher Gleichheit, wie es der alte marxistische Glaube seit Jahrzehnten versprochen. Die christliche Arbeiterschaft hat diesen utopischen Wahn seit Anbeginn bekämpft. Das russische Beispiel gibt ihr recht. Bolschewistische Methoden nach asiatischem Muster in Deutschland bedeuten nicht nur den Untergang der deutschen Arbeiterschaft, sie bedeuten den Untergang des deutschen Volkes.

Aber auch den Nationalsozialismus lehnt die christliche Arbeiterschaft ab. Der Nationalsozialismus gebärdet sich als nationaler Ausbruch des deutschen Volkes. Die christliche Arbeiterschaft braucht für ihren nationalen Lebenswillen den Nationalsozialismus nicht als Wecker. Sie war national immer wach. Ihr nationales Bekenntnis zu einem geeinigten, freien deutschen Volkstum wächst aus ihrer christlichen Weltanschauung. Und je brutaler fremder Machtwille das deutsche Volk niederzuhalten sucht, um so treuer wird die christliche Arbeiterschaft das Banner deutscher Volksfreiheit tragen.

Freudig bejaht sie auch den nationalen Willen anderer Volksgruppen. Allerdings darf sich dieser nationale Wille

nicht im Geschrei der Strafe, nicht im Niederbrüllen und Nieder schlagen anderer Volksgruppen erschöpfen. Er darf sich auch nicht erschöpfen in Waffengeklirr und im Absingen blutrünstiger Lieder.

Das Nationalbewußtsein, das die christliche Arbeiterschaft im ganzen deutschen Volke lebendig leben möchte, ist der Wille, sich als einheitliches, schaffendes Volk der Arbeit gleichberechtigt im Kreise aller Völker der Welt zu behaupten. Dieses Bewußtsein nährt die christliche Arbeiterschaft aus ihrer christlichen Weltanschauung, die ihr festes Richtbild ist für alle Erscheinungen des menschlichen Lebens.

Dieses feste Richtbild fehlt dem Nationalsozialismus. Wo er geistige Richtlinien aufstellt, verkehrt er christliches Gefühl. Sein Rassen glaube ist unchristlich. Die christliche Arbeiterschaft hat die marxistische Auffassung leidenschaftlich bekämpft, daß alle Kultur nichts als Ausstrahlung der Wirtschaft ist. Genau so lehnt sie die nationalsozialistischen Theorien ab, die verüben, daß wahre Kultur abhängig sei vom Blut der nordischen Rasse. Beide Ideen sind Religionserfälsch. Die christliche Arbeiterschaft lehnt sie als unchristlich und geistesunwürdig ab.

Das äußere Gebaren des Nationalsozialismus, seine Gewaltanwendungen, die dem Terror des Kommunismus gleichkommen, sind barbarisch und stehen im Gegensatz zu jeder christlichen Lebensform.

Der Nationalsozialismus gefährdet vor allem die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft. Auch die christliche Arbeiterschaft ist sich klar, daß der heutigen Staatsordnung Mängel anhaften, daß sie soziale Ungerechtigkeiten einschließt, die möglichst schnell beseitigt werden müssen. Aber die heutige Staats- und Volksordnung ist ein Anknüpfungspunkt zur künftigen nationalen und sozialen Volksordnung, die zu schaffen Aufgabe aller Volksschichten ist. Der Nationalsozialismus will den Weg zu dieser Zukunftsordnung gewalttätig zerstören. Sein täglicher Schrei nach „Änderung des Systems“ geht auf die Zerstörung aller Anknüpfungspunkte des sozialen Volksstaates. Sein Ziel ist die Diktatur des brutalen Machtgedankens. Und hinter ihm stehen starke Kräfte der Reaktion, die von seinem Sieg als „Ware“ für ihr „Geld“ die Ausschaltung und endliche Vernichtung der Gewerkschaften erhoffen.

Als Vorarbeit sucht der Nationalsozialismus schon jetzt durch Zellenbildung in den Betrieben die Kraft der Gewerkschaften auszuhöhlen. Parteipolitische Zellen sollen zielbewußte Berufs- und Gewerkschaftsarbeit zerstören und zerlegen.

Die Diktatur des Nationalsozialismus, dem die „Massen“ nur Mittel zur Erreichung der Macht sind, würde die Arbeiterschaft wieder in ein Hörgeitsverhältnis zurückwerfen, das der Kampf der Arbeiterbewegung eben erst gebrochen hat.

Diese Erkenntnisse weisen auch der christlichen Arbeiterschaft ihren Platz an.

Schon haben sich starke Kräfte der Arbeiterschaft und auch des Bürgertums zu Abwehrformationen gesammelt. Den Kampfformationen des Nationalsozialismus stehen Bereitschaften des Volkes gegenüber, die zur Abwehr jeder illegalen Machtergreifung und Machtübernahme entschlossen sind.

Die christliche Arbeiterschaft bejaht den Volkswillen zur Abwehr jeder Diktatur. Sie selbst steht in eigener geschlossener Front gegen kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturwillen. Ihr Kampf gilt der Freiheit der Arbeiterschaft.

Ihr Kampf gilt der Freiheit der christlichen Kultur und Lebensform.

Ihr Kampf gilt der nationalen Freiheit des deutschen Volkes.

Ihr Kampf gilt der Sicherung einer zukünftigen sozialen Volks- und Wirtschaftsordnung, die aus der freien Entfaltung und sinnvollen Zusammenarbeit der Berufe und Stände erwächst.

Für die Verteidigung dieser Zukunftsentwicklung steht die christliche Arbeiterschaft mit allen körperlichen und geistigen Kräften ein. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist überzeugt, daß alle Glieder der Bewegung in dieser verantwortungsvollen Zeit in lehrer Treue ihre Pflicht tun.

Es geht um Leben und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft.

Es geht um Leben und Freiheit des deutschen Volkes!  
Der Vorstand des Gesamtverbandes  
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

## Der Kampf um die Beseitigung der Tributlasten Haben die Gewerkschaften in diesem Kampfe versagt?

Eine Selbstverständlichkeit für jeden Deutschen ist es, sich gegen die unerhörten Lasten der Tributverpflichtungen zur Wehr zu setzen, die unserm verhungerten — aber nicht besiegten — Volke durch das haherfüllte Diktat von Versailles aufgezungen wurden. Dabei kann man je nach Veranlagung oder Einstellung über die Art des zu führenden Kampfes verschiedener Ansicht sein. Fest steht aber, daß der in der Vergangenheit beschrittene Weg im großen und ganzen nicht anders sein konnte, weil er einfach zwangsläufig war. Auf Fehler in diesem oder jenem Stadium des mühsamen und dornenvollen Weges geht noch hinzuweisen und dafür „das System“ verantwortlich machen zu wollen, ist sehr leicht — ob aber damit etwas besser gemacht wird, ist mehr als fraglich. Auch für die Zukunft wird nur im Rahmen der einmal gegebenen Möglichkeiten und nur von einer starken, stetigen Führung gehandelt werden können.

Das deutsche Volk ist in seiner verzweifeltsten Not nach dem unglücklichen Kriege in seinem berechtigten Verlangen nach Freiheit und Ordnung in Verwirrung geraten. Der alte, scheinbar unausrottbare Erbfeind der Deutschen, Zwietracht und Uneinigkeit, schoß üppig ins Kraut. Es gab Menschen, die angitend sich selbst der Verantwortung entzogen und froh waren, das andere das Unabänderliche mit ihrem Namen decken, um so wenigstens den Verlust zu machen, Volk und Nation zu erhalten. Heute läuft man von derselben Seite gegen diese verantwortlichen „Andern“ Sturm und spricht ihnen nationales Denken und Handeln ab.

Es sind dies zum großen Teile dieselben Kreise, die sich in der Harzburger Front auch zum Kampfe gegen die Menschenrechte der Arbeiterschaft zusammengelunden haben. Offen und brutal bekunden sie den Willen, die Gewerkschaften zu vernichten und die soziale Gesetzgebung zu zerbrechen. Ebenso unverhüllt treten sie für die Bildung gelber Schmarogergebilde an Stelle verantwortungsbewußter Gewerkschaften ein und bringen dafür erhebliche Geldsummen auf. Es sind auch dieselben Kreise, die jetzt aus der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl ein wirtschaftliches und machtpolitisches Geschäft zu machen streben. Daß dies Geschäft an der unbestechlichen, treuen und aufrechten Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg scheiterte, erregt den höchsten Unmut dieser Herrschaften. In Hindenburg, in seiner verehrungswürdigen Gestalt, verkörpert sich die alte deutsche Gesichtstradition, in ihm ist der deutsche Gedanke und die Treue zum Volke in der edelsten Gestalt lebendig. Es ist daher mehr wie geschmacklos, den Kampf um persönliche Geltung und persönliches Machtstreben überhaupt in Verbindung mit seinem Namen und der Reichspräsidentenwahl zu bringen.



Das Reparationsproblem ist augenblicklich in den Mittelpunkt der internationalen wie der innerdeutschen politischen und wirtschaftlichen Erörterungen getreten. Es trifft sich eigenartig, daß nun ausgerechnet in diesem Stadium in Arbeitgeberkreisen der Vorwurf erhoben wird, die Gewerkschaften hätten dem Kampf um Befreiung der Tributlasten gleichgültig oder gar ablehnend gegenübergestanden. Das offizielle Organ der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände „Der Deutsche Arbeitgeber“ wirft den Gewerkschaften vor, sie hätten in diesem Kampfe verlagert. Die Zeitschrift „Deutsches Offset- und Steindruckgewerbe“ übernimmt diesen unerhörten Vorwurf in Nr. 3 vom 1. Februar 1932. Man hätte in den deutschen Gewerkschaften aller Richtungen den Reparationszahlungen gleichgültig gegenübergestanden und sich mehr um die „Lohnbewilligungsmaschine“ und um die Entwicklung der Leistungen der Sozialpolitik“ gekümmert. In den Gewerkschaften hätte sich die Ansicht festgesetzt, die deutschen Kapitalisten müßten die Reparationen zahlen — zugleich hätten sie aber alle Hebel in Bewegung gesetzt, den Rest des deutschen Kapitalismus noch vollkommen totzuschlagen. Es geht, allerdings reichlich spät, hätte man eingeschoben, daß gerade durch die Tributzahlungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Schicksalsgemeinschaft verknüpft und so an einer enblichen Lösung der Frage gleichermaßen interessiert seien.

Diese Schicksalsgemeinschaft wurde von uns schon immer betont. Es sei daran erinnert, daß gleich nach dem Kriege ja eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zustande kam. Es ist ganz bestimmt nicht Schuld der christlichen Gewerkschaften, daß der Weiterbestand dieser Gemeinschaft zerstört und fruchtbringendes Arbeiten unmöglich gemacht wurde. Immerhin, wenn man diese Schicksalsgemeinschaft jetzt noch — oder vielmehr noch einmal — in Erscheinung treten lassen will, sind wir zur Mitarbeit bereit. Wir waren das immer; müssen allerdings gleichberechtigte Zusammenarbeit und ehrliches Wollen zu gerechtem Ausgleich voraussetzen.

Da ist es allerdings nicht gerade förderlich, wenn solch ungeheuerliche und gänzlich unwahre Behauptungen gegen die Gewerkschaften erhoben werden. Die Leser unserer „Graphischen Stimmen“ wissen, daß sich durch alle Jahre seit dem Krieg gleichmäßig immer wieder die Forderung nach Befreiung der unerträglichen Tributforderungen in Notizen und Artikeln findet. Einen ausführlichen Artikel brachte erst die letzte Nummer wieder. In zahlreichen Versammlungen, Rundungen und Entschuldigungen ist das höherfüllte Diktat von Versailles, der Dawes- und der Young-Plan immer wieder als Ursache der Weltkrise angeprangert worden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften haben schon zu einer Zeit offen und frei gegen die Gewaltpolitik protestiert, und auf das weltwirtschaftlich Schädliche derselben hingewiesen, als andere Kreise es vorzogen, hübsch stillzuschweigen. Einige weniger Beispiele aus der reichen Fülle des vorhandenen Materials seien zum Beweise angeführt.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften mußte im Jahre 1919 unter der Zensur der britischen Besatzungstruppen erscheinen. Trotz dieser Hemmung der freien Meinungsäußerung schrieb das Zentralblatt am 12. Mai 1919: „... Wir sind der festen Überzeugung, daß die Durchführung übermäßig scharfer Friedensbedingungen durch die Entwicklung selbst unmöglich gemacht wird. Auch der größte Zwang und die größten Machtmittel reichen nicht aus, um diese Entwicklung zurückzuwerfen oder zu unterbinden. Sie geht ihnen allen zum Trotz ihren Weg.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund erhob in einer großen Kundgebung am 25. April 1920 scharfsten Protest gegen die Gewaltpolitik der Siegermächte und den Versailler Vertrag. Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften nahm am 21. Oktober 1920 in einer scharfen Entscheidung Stellung gegen die Gewaltpolitik der Siegerstaaten. Eine gründliche Revision des Vertrages von Versailles wird nachdrücklich gefordert. Der Kongreß richtet einen Appell an das Gewissen der Welt, sich mit uns im Kampf gegen die unchristlichen und unchristlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu vereinen. Die Ausschüttung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 3. Dezember 1921 in Köln wandte sich in einer Entschlieung gegen die unerträglichen Reparationslasten und forderte eine gründliche Revision des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatus. Derselbe Ausschuß tagte am 4. Oktober 1922 in Halle und forderte als wichtigste Aufgabe etwas, was führende Kreise der deutschen Arbeitgeber ignoriert hatten, nämlich Kampf gegen das Versailler Diktat und gegen die Politik der Entente. Etwas später, beim Ruhrstreik, fiel das bekannte Wort des Führers der christlichen Bergarbeiter, Kollegen Imbusch, vor den französischen Befehlshabern: Man solle das Militär vom Rhein und Ruhr zurückziehen und „Rehrt marsch“ kommandieren. Eine Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften zu Köln am 13. Oktober 1924 betonte, „die Erkenntnis, daß die gegenwärtigen weltpolitischen und weltwirtschaftspolitischen Wirren, insbesondere die Reparationslasten und die internationalen Verschuldungen, größte Hemmnisse

für die Entwicklung der wirklich sozialen Verhältnisse in Deutschland und der übrigen Welt sind, setzt sich immer mehr durch“.

Die einheitliche und entschlossene Linie im Kampf gegen Tributlasten und gegen Rechtsmache Deutschland ist also in den christlichen Gewerkschaften vom ersten Augenblick an bis heute reiflos klar und eindeutig durchgehalten. Die kurzen, natürlich keineswegs erschöpfenden Hinweise auf unsere Literatur und das Verhalten der christlichen Gewerkschaften beweisen klipp und klar, wie haltlos und leichtfertig die oben erwähnte Unterstellung der Arbeitgeberorgane ist.

Die Arbeit in der Zeitschrift „Deutsches Offset- und Steindruckgewerbe“ gewinnt auch dadurch nicht an Gehalt und Wahrheit, daß am Schlusse noch ein neuer Hufarenritt gegen die Sozialversicherung unternommen wird. Dieser Versuch, die Gewerkschaften zu mißkreditieren und zugleich wieder einmal — zum wievielten Male? — die Sozialversicherung als das Übel aller Übel zu bezeichnen, ist nur ein neuer Beweis für die gerabzufrant-hafte Sucht, alle Lasten und Unbequemlichkeiten auf dem Rücken der Arbeiterschaft abzuladen.

So geht es nicht. Auch die deutsche Wirtschaft muß endlich erkennen, daß tatsächlich Arbeiter und Arbeitgeber eine schicksalsverbundene wirtschaftliche Einheit darstellen, in der nicht ein Teil niedergedrückt und rechtlos gemacht werden kann, ohne daß auch der andere Teil empfindlich getroffen wird. Gebt dem Arbeiter auskömmlichen Lohn und Verdienstmöglichkeiten, dann wird er Betrieb wieder florieren. Seht euch als Deutsche ehrlich und gleichberechtigt mit euren Arbeitern zusammen, dann wird der Kampf gegen fremde Feindeswillektir mit Erfolg geführt werden können. Dann wird die Gesamtwirtschaft auch wieder aufwärts streben können — und mit ihr ein hoffentlich geeinigtes deutsches Volk.

### Massenkundgebung der christlichen Bergarbeiter in Essen

Nachdem bereits am 10. Januar 1932 in Essen eine große Vertrauensmännertagung des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter Deutschlands stattgefunden hatte, lud der Gewerkschaftsbund am 7. Februar seine Vertrauensleute für das Ruhrgebiet zu einer zweiten Kundgebung ein. Mehr als 2500 Vertrauensleute waren versammelt. Die Presse war außerordentlich stark vertreten.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinrich Imbusch, zeigte in einem 1 1/2stündigen Vortrage Wege und Ziele zum Neuaufbau in Staat und Wirtschaft. Einleitend legte sich der Redner mit gehässigen Angriffen der Arbeitgeberblätter auseinander. Die Rede Imbuschs war aber viel mehr als nur eine Abrechnung mit überwollenden Gegnern, sie wurde zu einer Begründung seiner Forderung, den Bergbau in den Besitz der Volksgemeinschaft zu überführen. Er begründete eingehend die Notwendigkeit dieser Forderung und wies darauf hin, daß die Bodenschätze der Gesamtheit gehören. Die Bergbauunternehmer hätten die Pflicht, die Bodenschätze im Interesse der Gesamtheit auszubeuten. Das sei aber in den letzten Jahren nicht mehr der Fall gewesen. Durch die überstürzte Technisierung und Rationalisierung hätten die Unternehmer das Interesse der Volksgemeinschaft in schlimmster Weise geschädigt. Er widerlegte den Vorwurf, daß er Gegner des Privat-eigentums sei. Weiter entbehrte der Vorwurf der Arbeitgeberpresse, er sei zu den Sozialdemokraten übergegangen, jeder Grundlage. Imbusch sagte unter Zustimmung der Versammelten: „Wer mein Wirken kennt, weiß, ich bin weder Sozialdemokrat, noch Kommunist; bin seit Jugend deren Gegner. Ich habe mich stets orientiert am christlichen Eigentumsbegriff: daß der Mensch nur Verwalter des irdischen Gutes sei und daß Eigentum verpflicte.“ Im übrigen fragte er, wer sich denn dagegen wendete, daß sich Eisenbahn und Post im Besitze der Allgemeinheit befänden. Die Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues steht durchaus im Einklang mit der Reichsverfassung, was er im einzelnen nachwies.

Zum Schluß wies Heinrich Imbusch darauf hin, daß in dem großen Kampf um Deutschlands Zukunft und Weltstellung alle zusammenstehen müßten. Die Unternehmer der Schwerindustrie seien jedoch in ihrer heutigen Einstellung eine Gefahr für die Volksgemeinschaft. Sie wollen ein Staat im Staate sein und keine Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen.

Die Rede Imbuschs wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Massenkundgebung der Bergarbeiter erhielt noch eine starke nationale Note durch das Schlußwort des Geschäftsführers Rothhäuser. Er betonte, daß die christlichen Gewerkschaften eine nationale Bewegung seien und mit allen Kräften dem Vaterlande dienen wollten. Die Arbeiterschaft habe das größte Interesse daran, daß Deutschland aus dem Elend wieder hochkomme, und daß die wichtigen außenpolitischen Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führten. Sie wisse, daß eine gesunde Arbeitereigenschaft nur in einem gesunden Vaterlande möglich sei.

Eine Entschlieung, der auch wir nur zustimmen können, fordert erneut und nachdrücklich:

- „Beseitigung der Tributlasten.
- Beschleunigte Durchführung der Reichs- und Verwaltungsumformung.
- Verhinderung der Wiederaufrichtung eines Klassenstaates.
- Eine gerechte Lastenverteilung im Innern.
- Beseitigung der Härten und Ungerechtigkeiten in der vierten Notverordnung.
- Weitere und schnellere Senkung der Lebenshaltungskosten und der öffentlichen Tarife.
- Eine neutrale und paritätische Instanz zur Prüfung der Rentabilität und Selbstkosten im Bergbau.
- Erhaltung der Reichsfinanzkraft mit ausreichenden Leistungen.
- Mit ganz besonderem Nachdruck fordern wir von der Reichsregierung die Überführung des Bergbaues in den Besitz der Volksgemeinschaft.“

### Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Milderungen der vierten Notverordnung. Durchführungsvorschriften über Sozialversicherung. Der Reichsarbeitsminister hat am 30. Januar 1932 zu dem Teil der vierten Notverordnung, der sich mit der Sozialversicherung befaßt, Durchführungsvorschriften erlassen. Sie bedeuten eine gewisse Milderung von Härten, die sich aus der Notverordnung ergeben mußten:

In der Unfallversicherung sah die Notverordnung eine Beschränkung der Leistungen vor. Verletztenrenten bei weniger als 20 v. H. Erwerbsbeschränkung fielen ohne weiteres weg, bei 20 v. H. Erwerbsbeschränkung nach zweijährigem Bezug. Wenn aber der Verletzte auf Grund eines früheren oder anderen Unfalls Anspruch auf Verletztenrente hat, so stehen diesen Renten auch gleich Beschädigtenrenten nach dem Reichsversicherungsgezet, dem Altrentengezet, dem Kriegsgezet, dem Personenschädengezet, dem Reichsgezet über die Schutzpolizei der Länder, dem Reichsgezet über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserfahrdienst, dem Wehrmachtversorgungsgesetz und dem früheren Militärversorgungsgesetz zu. Der Abfindung wegen einer Verletztenrente von mehr als einem Viertel der vollen Rente steht die Abfindung wegen mehrerer Verletztenrenten gleich, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 30 erreichen.

In der Angestelltenversicherung hat die Notverordnung bestimmt, daß beim Zusammentreffen mehrerer Renten aus der Angestelltenversicherung bzw. aus der Angestellten- und Invalidenversicherung, nur noch die Höchstrente gezahlt werden soll. Dieses bedeutete eine ganz besondere Härte für diejenigen weiblichen Versicherten, die statt einer Beitragsentlastung bei der Heirat die Versicherung freiwillig fortsetzen, um sich so im Alter eine bessere Versorgung zu sichern. Sie konnten nach den Bestimmungen der Notverordnung wegen Zeitablaufs von der Beitragsentlastung vielfach keinen Gebrauch mehr machen und standen vor der Frage, durch Einstellung der Beitragsleistung alle bisherigen Einzahlungen zu verlieren oder bei freiwilliger Weiterversicherung nicht den erhofften höheren Alterschutz zu haben. Die Durchführungsvorschriften mildert diese Härte dahin, daß eine Versicherte, die vor dem 1. Januar 1932 heiratete, aber den Erstattungsantrag nicht geltend gemacht hat, sondern nur ihre Versicherung freiwillig fortsetze, die Beitragsentlastung nachträglich beanspruchen kann, wenn infolge Zusammenstreffens ihres Ruhegeldes mit einer anderen Rente eine dieser Renten nicht gewährt wird, oder wenn der Ruhegeldanspruch nach anderen Bestimmungen der Notverordnung neben Unfallrenten, Beschädigtenrenten und Beamtenpensionen ruht. Sonstige Durchführungsvorschriften beziehen sich auf Klarstellungen, die sich für die Hinterbliebenenrenten als notwendig erwiesen.

Da die Notverordnung die Wartezeitbestimmungen in der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, soweit es sich um das Altersruhegeld handelte, verschärfte, erwies es sich als notwendig, gewisse Ausnahmeregelungen zu schaffen für den Fall, wo Versicherungspflicht in der Invaliden- und Angestelltenversicherung für einen Berufszweig am 1. Januar 1932 nicht so lange bestand, daß die Wartezeit erfüllt sein konnte. Dem tragen die Durchführungsvorschriften insofern Rechnung, als den Angehörigen dieses Berufszweiges die Dauer der früheren Beschäftigung in dem Beruf auf die Wartezeit angerechnet wird, wenn sie nach dem Inkrafttreten der Versicherungspflicht mindestens 250 Wochen bzw. 60 Monate Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet haben.

Weitere Klarstellungen der Durchführungsvorschriften beziehen sich auf die Notverordnungbestimmungen über das Ruhen der Renten aus der Sozialversicherung neben Krankengeld, Verletztenrenten, Beschädigten- und Dienstzeitrrenten, sowie Beamtenpensionen.



### Allgemeine Rundschau

An die Abrüstungskonferenz hat die Internationale Arbeitsgemeinschaft evangelischer Arbeitnehmerverbände ein Schreiben gerichtet, in dem u. a. ausgedrückt wird:

... Festgestellt werden muß, daß 12 Jahre nach Beendigung des Krieges die Menschheit noch keinen wirklichen Frieden kennt, daß vielmehr Unruhe und Unsicherheit in beängstigendem Maße zunehmen. Trotz Gründung des Völkerbundes sind die Interessengegenätze zwischen den Völkern geblieben. ... Es muß doch endlich Wirklichkeit werden, daß zwischen den Völkern selbst, die sie betreffenden Lebensfragen auf anderem Wege als durch Waffengewalt gelöst werden.

Die Weltwirtschaftskrise, worunter alle Völker leiden, ist hauptsächlich durch den Mangel an Vertrauen zwischen den Staaten bedingt. Eine zweite Ursache sind die großen Ausgaben für Rüstungszwecke. Unter diesen Verhältnissen ist es unfehlbar, daß ein Mißerfolg der Abrüstungskonferenz eine ernste Gefahr ist.

Im Namen der Gerechtigkeit und in Übereinstimmung mit seinem Bekenntnis zu den evangelischen Grundgesetzen appelliert der Vorstand der Internationalen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Arbeitnehmerverbände an Ihre hohe Versammlung, damit sie durch einen festen und unerschütterlichen Willen zum Gelingen der Abrüstungskonferenz beitrage, um auf diesem Wege die brutale Gewalt der Waffen durch die sittliche Macht des Rechts zu ersetzen.

Können wir Reparationen zahlen? Nein! Das sagen folgende leidenschaftlos errechnete Zahlen: 1929 hatten wir 2 Millionen Erwerbslose, 1930 = 3,2 Millionen, 1931 = 4,7 Millionen und Januar 1932 = 5,7 Millionen. Unsere Ausfuhr sank von 3,2 Milliarden im ersten Quartal 1930 auf 2,2 Milliarden im vierten Quartal 1931. Sie wird infolge der immer rigoroseren vorgenommenen Abschneidung der Länder, in die wir ausführen, noch um ein ganz bedeutendes weiter heruntergehen. Es arbeiten nur noch 35 v. H. unserer Produktionsindustrie und 51 v. H. unserer Verbrauchsgüterindustrie. Im Jahre 1932 hat Deutschland ohne Reparationen an laufenden Zinszahlungen zu leisten: 398,4 Millionen RM. für langfristige Arbeiten, 420 Millionen RM. Tilgungsraten der Domes- und Young-Anleihen, 287 Millionen RM. langfristige langfristige Schulden, 660 Millionen RM. Zinsen für kurzfristige Schulden, insgesamt an laufenden Zinszahlungen 1 Milliarde 765 Millionen RM., denen nur 350 Millionen RM. an Zinsforderungen gegenüberstehen. Das Mehr der Zinszahlungen über die Zins-einnahmen beträgt also 1 Milliarde 415 Millionen RM. Wo nichts mehr ist, kann man unmöglich auch noch Tribute herauspressen.

Ist eine Arbeitszeitverkürzung im Augenblick tragbar? Die von den Sozialisten geforderte generelle Einführung der 40-Stunden-Woche, für die im gegenwärtigen Augenblick ein Lohnausgleich nicht erreicht werden könnte, würde eine weitere Proletarisierung der Arbeiterschaft zur Folge haben, ohne daß dadurch Arbeiter in nennenswertem Umfang neu eingestellt würden. Man mag die Frage prüfen, von welcher Seite man will, die Erwerbslosigkeit wird dadurch nicht gemildert, wohl aber wird das Einkommen der noch in Arbeit stehenden Arbeitnehmer aufs Neue herabgemindert. Die Einführung der 40-Stunden-Woche seitens der Reichsregierung ganz allgemein könnte durch nichts gerechtfertigt werden. Der einzige Weg bleibt die freiwillige Vereinbarung zwischen den Tarifparteien, da die Verhältnisse in den einzelnen Berufen ganz verschieden gelagert sind und nur vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinsamer Beratung geklärt werden können. Wohl aber könnte in den Berufen, in denen noch verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt werden, die 40-Stunden-Woche auf dem Verordnungswege verankert werden, und weiter müßte für alle Überarbeit die Genehmigungsfrist eingeholt werden.

Die Tätigkeit des Preiskommissars. Der Preiskommissar für Preisüberwachung wird seine Tätigkeit wahrscheinlich Ende Februar beenden. Bis dahin hofft er, gegenüber dem Stand von Ende November 1931 eine Inbeterbesserung von rund 8 v. H. zu erreichen, womit gewissermaßen dann seiner Tätigkeit ein Ende gesetzt ist. Mit der Aufhebung wird aber die Preisüberwachung der für den Konsumenten notwendigen Artikel nicht beendigt sein. Es ist im Gegenteil beabsichtigt, die Preisüberwachung für Nahrung und Bekleidung in die Hände der Landesbehörden zu legen. Ebenso soll aber auch die Preisüberwachung für die öffentlichen Betriebe sowohl als auch der Kartelle und Syndikate aufrechterhalten werden. Soweit die Preisentzug der Gas- und Elektrizitätstarife in Frage kommt, ist es dem Preiskommissar in der Mehrzahl der Fälle gelungen, eine Preisherabsetzung zu veranlassen. Die überwiegende Mehrheit der Gasanstalten hat bereits eine Herabsetzung des Gaspreises vorgenommen, die ihrer geringfügigkeit wegen allerdings nicht für ausreichend betrachtet wird. Auch die Mehrzahl der Elektrizitätswerke hat Preisentkungen vorgenommen, die in ihrem Ausmaße ebenso als noch vollständig ungenügend bezeichnet werden müssen. Dem

Preiskommissar für Preisüberwachung wird es hoffentlich bis zur Beendigung seiner Tätigkeit noch gelingen, auf diesem, wie besonders auch auf einer Reihe anderer Gebiete eine weitere Herabsetzung der Preise zu erreichen. Es ist auch eine Herabsetzung der Preise für Monatskarten bei der Reichsbahn gefordert. Der Preiskommissar wird die Berechtigung der Forderung überprüfen, denn angesichts der überall durchgeführten Kurzarbeit und Lohnsenkungen lassen sich die bisherigen Tarife für Monatskarten nicht aufrechterhalten.

### Aus den Ortsgruppen

Bochum. Generalversammlung am Donnerstag, den 11. Februar. Fast alle Mitglieder waren hierzu erschienen. Unser Bezirksleiter, Kollege Rembügler, gab einen Überblick über tarifliche Fragen sowie Fragen aus der Sozialversicherung. Anschließend erfolgte ein Rückblick über die Arbeiten unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre. Trotz größter Arbeitslosigkeit konnten wir die Mitgliederzahl halten. Abgänge konnten durch neue Mitglieder wettgemacht werden. Im Mai v. J. konnten wir den uns von der Zentrale gestifteten Jugendgruppen-Wimpel bei einer schönen Feier weihen. Das Leben in der Gruppe war stets sehr reger. Fast alle Entscheidungen verblieben am Orte für Unterstützungszwecke. Dies wirkte sich sehr gut für die Mitglieder aus. Besondere Zuwendungen erhielten einige Mitglieder vom Ortsauschuss der Christlichen Arbeiterhilfe. — In der Beitragsfrage wurde eine Umgestaltung vorgenommen. Die Beiträge: Klasse I 1,80 RM.; Klasse II 1,40 RM.; Klasse III — 85 RM.; Klasse IV — 60 RM.; Klasse V — 35 RM.; Lehrlinge — 25 RM. pro Woche. Auf die Anerkennungsbeträge wird ein Zuschlag von 5 Pf. für örtliche Zwecke erhoben. Ausgesteuerte und nicht unterstützungsberechtigte Mitglieder zahlen pro Woche 10 Pf. — Eine längere Debatte entspann sich wegen Akkorddifferenzen bei einer hiesigen Firma. Der Kollege Rembügler gab die notwendige Aufklärung. Für Abstellung von Fehlern wird der Verband Sorge tragen. Mit der Aufforderung, auch 1932 treu zum Verband zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung fand am 14. Januar, abends 8 Uhr in Barths Gaststätte statt. Der erste Vorsitzende, Kollege Hofmann, eröffnete die sehr gut besuchte Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Am Geschäftsbericht konnte er ein erfreuliches Erstarken unserer Mitgliederzahl feststellen. Er wies weiter darauf hin, welch schweres Notjahr wir hinter uns haben und begründete gerade hieraus mit überzeugender Eindringlichkeit die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Er forderte alle Mitglieder auf, nicht nur selbst treu zu unserer Sache zu halten, sondern auch sich Mühe zu geben, unsere Reihen zu stärken. Kollege Schieleu, welcher bis jetzt den Kassierer müßtergütig vertreten hat, erstattete hierauf den Kassierbericht. Mit Befriedigung nahm die Versammlung von der guten Geschäftsführung des neuen Kassierers Kenntnis.

Die nun folgende Vorstandswahl war eine Kundgebung einmütigen Vertrauens für den bisherigen Vorstand. Es wurden wiedergewählt: 1. Vorsitzender Hofmann, 2. Vorsitzender Stoll, Kassierer Schieleu, Schriftführer Klar. Zum Schluß sprach Kollege Stoll im Namen aller unsern ersten Vorsitzenden den herzlichsten Dank aus für eine Auspöpfung. Über 10 Jahre hat er nunmehr die Ortsgruppe als 1. Vorsitzender geleitet und sich jederzeit voll und ganz seiner Kollegen-schaft gewidmet. Er versprach zum Danke weitere, treue Zusammenarbeit zum Wohle des Verbandes.

Diesdorf. Eine besondere Note erhielt unsere Generalversammlung am 6. Februar 1932 durch die Anwesenheit unseres Bezirksvorsitzenden, Kollegen Hofmann, Breslau. Vorsitzender, Kollege Barthel, begrüßte ihn und die erschienenen Mitglieder herzlich. Sein Geschäftsbericht veranschaulichte ein Bild eifriger, zielklarer gewerkschaftlicher Kleinarbeit. Die anschließende Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl.

Kollege Hofmann sprach sodann zu dem Thema: „Haben die Gewerkschaften verlagert?“ Er stellte dieses von interessierten Gegnern der Arbeiterschaft in Umlauf gefasste Gerücht ins rechte Licht. An zahlreichen Beispielen wies er die erfolgreiche und gerade heute so bitter nötige Arbeit der Gewerkschaften nach und verstand es damit, neuen Mut und freudigen Arbeitswillen für unsere gute Sache zu wecken.

Eberfeld. Trotz rechtzeitiger Einladung war unsere Generalversammlung am 4. Februar 1932 nicht im wünschenswertesten Maße besucht. Der Vorsitzende, Kollege Gerh, stellte dies bei der Eröffnung mit Bedauern fest. Jahresbericht und Kassierbericht wiesen gleichermäßen auf die unheimlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit hin. Die dadurch hervorgerufenen Betriebsbeschränkungen hatten leider auch einen Mitgliederrückgang am Orte zur Folge, den wir im neuen Jahre, in gemeinsamer, entschlossener Aufbauarbeit wieder ausgleichen wollen.

In einmütiger Wahl wurden die bisher im Vorstand tätigen Mitglieder wiedergewählt. Für den Kassierposten wurde Kollegin D. Koo's neu hinzugewählt.

An einen instruktiven Vortrag des Kollegen Schmiß über die Wirtschaftslage und die Wirkungen der Notverordnungen schloß sich eine umfangreiche Aussprache an, die sehr wesentlich zur Stärkung des gewerkschaftlichen Willens beitragen dürfte.

Börlsch. Am Sonntag, den 7. Februar, fand unsere diesjährige Hauptversammlung statt. Kollege Vogt als Vorsitzender eröffnete mit herzlichen Begrüßungsworten und erstattete sofort den Geschäfts- und Kassierbericht. Als besonders bemerkenswert sind 2 Umstände zu erwähnen. Einmal die schwere Arbeitstrife, die über die Hälfte unserer Mitglieder am Orte zu teils längerer Arbeitslosigkeit verurteilte. Zum anderen die erfreuliche Tatsache, daß trotz dieser ungünstigen Zeitverhältnisse der gewerkschaftliche Geist unserer Mitglieder sehr gut ist. Das beweist auch der Erfolg der Werbearbeit, die einen Zuwachs von 6 Mitgliedern erbrachte. (Brauo! D. R.) Für unsere kleine Ortsgruppe ein sehr zufriedenstellender Abschluß.

Die Wahl des Vorstandes ergab keine Änderungen. Kollege Vogt führt auch weiterhin die Geschäfte als Vorsitzender weiter, wofür wir ihm auch an dieser Stelle danken. Eine Aussprache über berufliche und tarifliche Fragen beschloß die gutbesuchte Versammlung.

Herne. Unsere erste Generalversammlung am Freitag, den 12. Februar, war gut besucht. Kollege Coesfeld begrüßte alle Erschienenen, besonders unseren Bezirksleiter, Kollegen Rembügler. Anschließend erstattete er den Geschäfts- und Kassierbericht für 1931. Im 2. Quartal 1931 konnten wir unsere Ortsgruppe gründen. Wir können als erfreulich feststellen, daß alle am Orte vorhandenen Berufsangehörigen bei uns organisiert sind. Leider haben wir hier auch stark unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, 60% unserer Mitglieder sind gänzlich arbeitslos. Kollege Rembügler sprach dann über die allgemeine Lage. Die Vorstandswahl brachte keine Veränderung. Unter „Verschiedenes“ wurden noch örtliche und betriebliche Fragen besprochen. Der Kampf der Prinzipale um übertariflichen Lohnabbau sowie die Einstellung eines Buchbindermeisters (Annungsmittel) unsern Verbände gegenüber fand eingehende Erörterung. Am Schluß der Versammlung konnten wir einen neuen Kollegen für unsern Verband gewinnen.

Kempten. Zu unserer Generalversammlung am 13. Februar konnte der Vorsitzende, Kollege Walde-maier, neben Bezirksleiter Steinhardt eine stattliche Anzahl Mitglieder begrüßen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Geschäftsbericht erstattet. Die Wirtschaftstrife hatte auch unsere Ortsgruppe nicht verschont, die sich in einer für den größten Teil der Kollegen-schaft stark verkürzten Arbeitszeit bemerkbar machte. Trotz alledem war das Gewerkschaftsleben und der Zusammenhalt immer sehr gut, wie der Vorsitzende rühmend hervorhob. Der Bericht des Kassierers, Kollegen Bohlinger, war im Besonderen erfreulich. Zwei Drittel der Einnahmen konnten an die Zentrale abgeliefert werden. Auch weist die Lokalkasse einen sehr günstigen Stand auf. Der Bezirksleiter nahm die Gelegenheit wahr, den Vorstandsmittgliedern und allen Vertrauensleuten für die geleisteten Arbeiten herzlich zu danken.

Die Vorstandswahl brachte die alten bewährten Kollegen wieder an ihre Posten.

Nach Erledigung dieser üblichen Tagesordnung hielt Bezirksleiter Steinhardt einen interessanten Vortrag über: Lohnsenkung — Preisabbau. Bezeichnend ist besonders der Umstand, daß die Spanne zwischen Großhandelsindex und Lebenshaltungskostenindex immer größer wird. Das bedeutet mit anderen Worten, daß der Kleinhandel die Preise nicht in dem Maße senkt wie der Großhandel. Von der Reichsregierung und den Preiskommissaren erwartet die Verbraucher-schaft, daß in diesen Fragen energischer vorgegriffen wird, damit das Realeinkommen der Arbeitnehmerschaft auf die alte Höhe gebracht werden kann. Zum Schluß erwähnte Kollege Waldenmaier noch, daß im Laufe des Sommers das 25jährige Bestehen der Ortsgruppe in einem der Zeit entsprechenden Rahmen begangen werden sollte.

Kevelaer. Unsere diesjährige Generalversammlung war erfreulicherweise gut besucht. Das Versammlungslokal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Vorsitzende, Kollege Brauers, gab den Jahresbericht. Viel Erfreuliches war aus dem Jahre 1931 nicht zu berichten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren gegenüber dem Vorjahre noch gestiegen. 8 Versammlungen und 11 Vorstandssitzungen hatten stattgefunden. Die Mitarbeit im Kartell war sehr reger. Dem Bericht des Kassierers, Kollegen Baldeau, entnehmen wir, daß durch die große Arbeitslosigkeit veranlaßt, mehrmals die Zentrale Zuschüsse leisten mußte. Auch war die Lokalkasse stark in Anspruch genommen worden. Es folgte der Bericht des Jugendführers Käster. Die Jugend habe nicht geschlafen, so führte er aus, sondern sich reger am Verbands- und Gruppenleben beteiligt. In den Gruppenabenden wurden belehrende und sachliche Vorträge gehalten. Daneben waren auch einige Wanderungen, die viel Freude schufen.

Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Nachdem der geschäftliche Teil soweit erledigt war, hielt Kollege Schmiß einen Vor-



trag: „Rückblick und Ausblick.“ Seine Ausführungen fanden allezeitigen Beifall, im besonderen seine Feststellung, daß gerade heute die Gewerkschaften notwendiger seien denn je. Auch in bezug auf Beitragsregelung fand er volle Zustimmung.

Der Vorsitzende, Kollege Brauers, sprach anschließend in längeren Ausführungen über den ständig wachsenden Auftragsrückgang in der Gebetbuchindustrie in Revelar. Betschärft sei der Rückgang auch darin zu erkennen, daß Monopolverträge einen starken Druck auf Bindepreise ausüben und Außenleiterfirmen der Schmuckkonturrenz Vor- schub leisten. Man erwarte von der Bezirks- und Verbandsleitung, dafür besorgt zu sein, daß Befangbuchaufträge vom zuständigen Verlag nur an solche Betriebe vergeben werden, die als tarifrett gelten und christlich organisiertes Personal beschäftigen. Es sei doch verwerflich von einem christlichen Verlag, Aufträge in Betriebe zu geben, wo dem Personal das Koalitionsrecht beschritten wird, und keine Gewähr für die Wahrung tariflicher Rechte besteht. Die Verammlung unterstützte diese Ausführungen einmütig und erwartete, daß alles ausgeht, um der organisierten Arbeiterschaft in der Gebetbuchindustrie in Revelar die Arbeitsplätze zu erhalten.

M.-Glöbada. Am 16. Januar 1932 beging die Ortsgruppe den Tag ihres 27jährigen Bestehens mit einem kleinen Festakt im Koipinghaus. Obwohl die schwere Wirtschaftslage nicht zum Festefeiern ermunterte, mußte in diesem besonderen Falle doch eine Ausnahme gemacht werden. Unter Bezirksleiter, Kollege Schmiß, konnte nämlich am 6. Januar 1932 auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Graphischen Zentralverband zurückblicken. Kolleginnen und Kollegen von nah und fern hatten es sich nicht nehmen lassen, aus diesem Anlaß nach M.-Glöbada zu kommen, um ihrem rührigen Bezirksleiter zu danken für seine Arbeit, welche er im Interesse des Bezirks Niederrhein geleistet hat.

Bevor Kollege Hornbach, der Festredner des Abends, der Jubiläumsfeier gedachte, schilderte er die trostlose Wirtschaftslage und erbrachte den Beweis, wie durch die gewerkschaftlichen Einrichtungen die Not der Mitglieder nennenswert gemildert werde. Ohne Gewerkschaften würde das arbeitende Volk in dieser Wirtschaftskrise der Verflorung und der Verzweiflung anheim gefallen sein. Sie hätten das Vorhaben der reaktionär eingestellten Kreise im Kampf um Sozialpolitik mit Erfolg bekämpft und würden auch in Zukunft allen Stürmen zu trotzen wissen, wenn die Arbeiterschaft nicht selbst das Vertrauen zu ihr bekämpfe. Die gegenwärtige Lage bedinge, daß alle der Organisation noch fernstehenden Menschen von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, zumal nach Ablauf der tarifvertraglichen Bindungen zu Ende April mit erbitterten Kämpfen zu rechnen wäre.

Die Ortsgruppe M.-Glöbada des Graphischen Zentralverbandes hätte in den 27 Jahren ihres Bestehens harte Kämpfe bestehen müssen, zumal sie durch maßgebende Unternehmer am Blaise mit allen nur denkbaren Experimenten in ihrem Bestande bekämpft wurden. Mit Stolz könne er hervorheben, daß es an Mut zur Kampfstellung in M.-Glöbada nie gefehlt habe und er hoffe, daß der Kampfgeist nie erlahme und die Disziplin wie bisher stets gewahrt bleibe. Im Namen des Verbandsvorstandes spreche er allen Funktionären für ihre uneigennütige Tätigkeit im Interesse der Sache herzlichsten Dank aus. Der am Orte anfassige Bezirksleiter, Kollege Schmiß, sei nun 25 Jahre Mitglied des Verbandes und der M.-Glöbadaer Ortsgruppe. Da er sich nach Beendigung des Krieges in agitatorischer Hinsicht besonders hervorragen hätte, sei er im Jahre 1919 von der Organisation ange stellt und mit der Leitung des Bezirks Niederrhein betraut worden. Seine Tätigkeit sei durch reichstagsgegnerisch eingestellte Arbeitgeber-Sondergruppen ungemein erschwert worden. Die Mitglieder seines Bezirks müßten ihm doch außerdem durch Treue und agitatorische Hilfe danken. Namens des Zentralvorstandes sprach er ihm herzlichsten Glückwunsch und Dank für alle Bemühungen um die Organisation zu seinem Jubiläum aus und überreichte ihm das übliche Ehren Diplom und die Silbernadel. Anschließend überreichte Kollege Geilke im Namen des Bezirks Niederrhein ein schönes Geschenk. Zur Verdönerung des Abends trugen die weiblichen und männlichen Jugendgruppen M.-Glöbada und die weibliche Jugendgruppe Rheydt sowie ein Doppelquartett bei. Sämtliche Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Der Bezirksstellvertreter, Kollege Gebauer, überbrachte im Namen der dem Kartell angeschlossenen Verbände die Glückwünsche. Kollege Huber sprach im Auftrage des Gutenberg-Bundes, der durch eine große Anzahl seiner Mitglieder vertreten war. Der Senior des Gesellenvereins, Vitus Barb, hob im Anschluß an seinen mit besonderer Wärme ausgesprochenen Glückwunsch die erspriechliche Zusammenarbeit zwischen Gesellenverein und christlichen Gewerkschaften hervor.

Zum Schluß dankte Kollege Schmiß allen für die erzielten Aufmerksamkeiten. Ganz besonders galt sein Dank den Jugendgruppen. Er ermahnte sie, auch weiterhin treu zusammenzubehalten, denn es gelte jetzt noch mehr denn je: „Allen Gewalten zum Truh sich erhalten.“

M. Sch.

Münster. Die Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 31. Jan. 1932 bei Beienläter ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Brinkmann, gab den Geschäftsbericht, welcher der Zeit entsprechend ausfiel. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig. Der Lohnabbau ist überall durchgeführt worden, nur der Preisabbau hat nicht Schritt gehalten. Die Werberversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Als Erfolg ist ein Gewinn von 6 Mitgliedern zu verzeichnen.

Am 19. September 1931 feierte die Ortsgruppe ihr 25jähriges Bestehen. Die Veranstaltung nahm den besten Verlauf. Das sonst übliche Sommerfest und die Weihnachtsfeier sind ausgefallen. Dafür wurde den arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsunterstützung gegeben.

Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte einmütig. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Brinkmann wiedergewählt, ebenso die übrigen Vorstandsmitglieder. Nur für den Kassierer erfolgte Neuwahl, die auf den Kollegen J. Ernst fiel. Unter bisheriger, langjähriger Kassierer, Kollege Behrens, hatte aus Gesundheitsgründen eine Wiederwahl abgelehnt. Für seine muster-gültige, treue Arbeit wurde ihm seitens der Versammlung herzlichster Dank ausgesprochen.

H. E.

Regensburg. Einen erfreulich guten Besuch unserer diesjährigen Generalversammlung am 22. Januar 1932 konnte Vorsitzender, Kollege Sidor Wegmann, feststellen. Der Kassenbericht vom 4. Quartal, erstattet von Kollegen Ludwig Gell, ergab zufriedenstellende Finanzverhältnisse. Aus dem Jahresbericht des 1. Vorsitzenden war zu entnehmen, daß wir im verlaufenen Geschäftsjahr nicht säumig waren. 7 Versammlungen und 10 Ausschüßsitzungen waren zu buchen. Die Vorträge waren durchweg sozial- und arbeitsrechtlicher Art, der Besuch war stets gut. Wenn manchmal Unstimmigkeiten zu verzeichnen waren, so waren es die schweren Auswirkungen der Notverordnungen, welche sich immer wieder zu Ungunsten der Arbeiterschaft auswirkten. Besonders zu bemängeln sei das ungenügende Ausmaß und schleppende Tempo des Preisabbaues.

Die Ortsgruppe weist gegenwärtig einen Mitgliederstand von 177 auf. Arbeitslos sind 24 Mitglieder. Für Unterstüßungszwecke mußten große Summen aufgewendet werden, desgleichen auch große Zuschüsse von der Hauptverwaltung. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß die Finanzen der Zentrale trotz der schweren Krise durchaus gesund sind. Deshalb ist auch kein Anlaß zu Besorgnissen irgendwelcher Art vorhanden.

Die Jugendgruppe ist auf der Höhe und hat immer gute Versammlungen aufzuweisen. Unter Führung unseres Kollegen Martin Ströbl ist dieselbe in besten Händen. Für Vorträge bildnerische und beruflicher Art ist immer trefflich gesorgt.

Im Juni vorigen Jahres konnte die Ortsgruppe ihr 25jähriges Bestehen feiern. 7 Gründungsmitglieder erhielten die Silbernadel. Anschließend fand hier die bayerische Bezirkskonferenz statt, die ein anregenden Verlauf nahm.

Der Lohnabbau brachte ein paar Mitglieder so in Harnisch, daß sie dem Verbands die Treue verlagten, mit der Begründung, daß die Verbände nichts mehr zu reben hätten. Der wirkliche Grund dürfte aber sein, daß diese Ausstößlinge glauben, auch ohne Verbandszugehörigkeit den Tarif anstandslos bezahlt zu erhalten. Diese edlen Seelen erheben also Anspruch auf den Tarif, fallen aber zugleich denen in den Rücken, die den Tarif geschaffen haben. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Leute, die sich durch den Verband wiederholt Lohnzulagen, ja sogar ihre Existenz sichern und durchsehen ließen. Ein bekanntes Sprichwort sagt ja: Undank ist der Welt Lohn. Gemeingefährlich ist ihr Verhalt, auch andere abspenstig zu machen. Dieser Versuch, aufrechten Gewerkschaftern eine derartige armselige Gesinnung aufzubringen, kann sich doch einmal bitter rächen. Tariftreue Firmen haben sicher kein Interesse an solchen Leuten, die sich nur durch Liebedienerei hervorzuheben suchen. Nur wer in seinem Beruf tüchtig und auch als Gewerkschafter pflichtbewußt ist, kann seine Rechte jederzeit dort geltend machen, wo es angezeigt erscheint.

Möchten alle Mitglieder auch im kommenden Geschäftsjahre die Interessen der christlichen Gewerkschaftsbewegung und das berufliche Standesbewußtsein wahren, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Nicht immer werden Notverordnungen den Lohn bittereren. Die Zeit wird nicht mehr ferne sein, wo jeder einzelne wieder den Mann zu stellen hat.

Der Wahlakt wurde mit Disziplin durchgeführt und ergab in geschlossener Wiederwahl der bewährten Vorstands- und Ausschußmitglieder ein erfreuliches Bild der Einmütigkeit.

Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, es möge im kommenden Jahre uns der wirtschaftliche Aufstieg nicht verlagst bleiben.

Wiederbrück. Restlos waren unsere Mitglieder am 14. Januar zur Generalversammlung erschienen. Vorsitzender, Kollege Japernette, begrüßte alle aufs herzlichste. Bezirksleiter, Kollege Rembüglter, gab

alsdann einen allgemeinen Bericht über das Jahr 1931. Er behandelte die Wirtschaftskrise in all ihren Erscheinungen, sprach ferner über die machtvollsten Pläne der Unternehmer. Auch behandelte er die sehr wichtigen Reparationsfragen. Unser Deutsches Vaterland müsse endlich von den unwürdigen Tributlasten völlig befreit werden. Einige markante innerdeutsche Angelegenheiten des letzten Jahres streifte Kollege Rembüglter ebenfalls. Besonders behandelte er auch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Mit weiteren einseitigen Belastungen für die Arbeiterschaft müsse nun endlich Schluß gemacht werden. Zum Schluß forderte unser Bezirksleiter auf zu treuen, festem Zusammenhalt im Verbands. Nur durch die Gewerkschaften sei das Schlimmste für die Arbeiterschaft verhütet worden, und auch nur diese seien in der Lage, für die Arbeiterschaft weiter den Abwehrkampf zu führen.

Für unsere Ortsgruppe ist aus 1931 festzustellen, daß die Mitgliederzahl sich durch die Entlassungen etwas gering hat. Wir können aber noch ein fast restloses Organisationsverhältnis buchen. So soll es auch in Zukunft bleiben. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war dauernd sehr stark. Trotzdem konnten wir im vergangenen Jahre noch rund 850.— RM. unserer Hauptkasse in Köln überweisen. Unser Strohlohnart wurde im vergangenen Jahre zweimal gekürzt, ab 1. März um 6% und ab 16. November um 4% in der Spitze. Der Manteltarif wurde Anfang 1931 bis zum 30. Juni 1932 verlängert.

Dem alten Vorstand wurde herzlich gedankt für all die Arbeiten im vergangenen Jahre, gleichzeitig wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In den neuen Vorstand wurden einstimmig gewählt: Konrad Hanerink als Vorsitzender, Willi Bogelänger als Kassierer, Josef Eilfred als Schriftführer. Der bisherige Vorsitzende mußte leider aus wichtigen Gründen von seinem Posten zurücktreten. Stephan Japernette, welcher dieses Amt seit Bestehen der Ortsgruppe innehatte, gebührt herzlichsten Dank für sein bisheriges Arbeiten. — Die Generalversammlung liegt nun hinter uns. Sie verlief in einträchtiger Weise. Das vergangene Jahr war ernst und schwer für die Arbeiterschaft. Wir haben sicherlich Verluste zu buchen auf sozial- und tarifpolitischem Gebiet. Viel mehr steht aber noch auf dem Spiele. Unsere Parole für 1932 soll daher sein: „Einig und geschlossen im Graphischen Zentralverband zusammen zu stehen, Einer für Alle und Alle für Einen.“

Literatur-Eingänge, Besprechungen

Die Reden Imbusch in Essen am 10. Januar und 7. Februar d. J., die ein so gewaltiges Echo in der Öffentlichkeit hervorgerufen haben, sind im Druck erschienen. Einzelpreis je 25 Pf. Bestellungen erlöbige unsere Zentrale, Köln.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Übertragungen fanden ein bis zum 19. Februar 1932: M.-Weheim, Düsseldorf, Revalar, Regh, Rheyd, Dortmund, Dillmen, Hagen, Iserlohn (Einzelmitglieder), Kündchen, Augsburg, Donauesching, Freiburg, Kollnang, Berlin, Eichenhof, Schwelmühl, Sorau, Waldenburg, Alim, Arnberg, Ransbuth, Gogau, Neurode.

Geldbesprechungen fanden ein bis zum 19. Februar 1932: Teier, Bohum, Eichenhof, Dillmen, Schwelmühl, Wärsleben, Breslau, Revalar, Dortmund, Kollnang, Augsburg, Kündchen, Stuttgart, Bonn, Freiburg, Waldenburg, K.-Hof, Heilbronn, Kottweil, Dessau, Wilmers, Köln, Düren, Hagen, Gera, Cleve, Arnberg, Kempten, Reub.

Fehlende Übertragungen. Nach 11 Ortsgruppen fehlen am 20. Februar aus W. r bitten die betreffenden Ortsgruppenvorsitzenden, f. r. umgebende Entscheidung zu sorgen.

Abschreibungsarbeiten und Veränderungen in der Zahl der zu liefernden Zeitschriften sind immer schnellstens und genau zu berichten. Zeitschreibungen nicht vergessen.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 10. Wochbeitrag fällig.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen Willy Haarmann sowie seiner Braut zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Köln.

Unserer lieben Kollegin Wilhelmine Simons nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Rheyd.

Unserem lieben Kollegen Michael Vid nebst seiner lieben Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Carl Schlicher & Schüll, Düren